

<p style="text-align: center;"><b>Ergebnisprotokoll der Sondersitzung der Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie vom 14.03.2013</b></p>
--

Beginn: 13.00 Uhr

Ende: 14.00 Uhr

**Anwesende: I Deputation**

**1. vom Senat**

Herr Senator Dr. Lohse  
Herr Staatsrat Golasowski  
Frau Staatsrätin Friderich

**2. von der Bürgerschaft**

**SPD-Fraktion**

Herr Hamann  
Herr Jägers  
Herr Liess  
Herr Gottschalk  
Herr Pohlmann  
Frau Kennard  
Herr Sulimma

**CDU-Fraktion**

Herr Hipp  
Frau Neumeyer  
Herr Strohmann

**Fraktion  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

Frau Dr. Schierenbeck  
Herr Saffe  
Frau Dr. Schaefer  
Herr Saxe  
Herr Werner

**Die Linke**

Herr Arndt

**II Verwaltung**

Herr Dr. Sünemann  
Frau Zimmermann  
Frau Kleemann  
Frau Urban  
Frau Piesker  
Herr Schleper  
Frau Lockemann  
Herr Kück

Der Senator für Umwelt, Bau und  
Verkehr

ASV

DEGES

**III Gäste**

Herr Dr. Steinbrück

Landesbehindertenbeauftragter

**IV Gastdeputierte**

**Herr Senator Dr. Lohse** begrüßt die Mitglieder und Gäste der Sondersitzung der Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie.

TOP 1	<b>Genehmigung der Tagesordnung</b>	
-------	-------------------------------------	--

**TOP 2 „Sozialwohnungsquote beim Verkauf städtischer Grundstücke und bei der Schaffung neuen Baurechts“ und TOP 4 a „Umsetzung des Wohnraumförderungsprogramms 2012/2013 -Bericht zur Versorgung von Menschen, die von Wohnungslosigkeit bedroht sind“** werden zusammen befasst.

*Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie stimmt der vorgelegten Tagesordnung zu.*

TOP 2	<b>Sozialwohnungsquote beim Verkauf städtischer Grundstücke und bei der Schaffung neuen Baurechts</b> -7-	Vorlage L/S 18/223
-------	--	-----------------------

**Herr Pohlmann** führt aus, dass mit dem heute vorliegenden Papier die Beschlussfassung der Bürgerschaft, im Bereich des sozialen Wohnungsbaus eine Offensive zu starten, umgesetzt wird. Es sei außerordentlich positiv, dass es gelungen sei, im Bündnis für Wohnen alle Akteure zusammen zu führen, angefangen von der freien Wohnungswirtschaft, über die Wohnungsbaugesellschaften bis hin zum Aktionsbündnis. Es sei für ihn vollkommen selbstverständlich gewesen, dass man von unterschiedlichen Ausgangslagen an diese Frage herangegangen sei. Abschließend seien nun in dieser Vorlage zwei Pilotprojekte benannt worden, einmal im Bereich der Überseestadt, Europahafen und zum zweiten im Büroпарк Oberneuland. Hier zeige sich ein konstruktiver Weg. Auch die Zusammenarbeit insbesondere mit der Verwaltung soll verbessert werden. Dies finde Anerkennung, indem die Frage eines zentralen Ansprechpartners einbezogen werde. Zusammenfassend werden die Voraussetzungen geschaffen, um den Wohnungsbau, insbesondere auch den sozialen Wohnungsbau voran zu bringen.

**Herr Werner** zeigt sich erfreut von dem Tempo, in dem das Bündnis für Wohnen zu greifbaren Ergebnissen gekommen sei. Auch er freue sich, dass es zwei konkrete Projekte gibt, an denen sich zeigen werde, wo die Umsetzung vorgehe und wo nachgesteuert werden müsse. Es sei wichtig in der Debatte darauf zu achten, dass es nicht nur um größere Wohneinheiten gehe, wie im Geschosswohnungsbau ab 20 WE oder bei den Einfamilienhäusern sogar ab 50 WE, sondern dass es durchaus auch kleinere Baulücken und Bauprojekte gebe, in denen von einzelnen Bauherrn und Baugruppen ebenfalls wichtiger Wohnraum geschaffen werde. Das Bündnis für Wohnen gehe weiter, es sei eine weitere Arbeitsgruppe zum Bestand eingerichtet worden. Er schlägt vor, dass dort nicht nur auf den Wohnbestand geschaut werde, sondern auch geprüft werde, inwieweit bisherige Bürogebäude umgebaut und umgenutzt werden könnten.

**Herr Arndt** begrüßt eine weitere Arbeitsgruppe zur Frage eines Ankaufs oder der Verlängerung von Belegquoten, und hofft auf Vorlagen noch vor der Sommerpause. Die heute vorgelegten Papiere seien ein guter und richtiger Schritt in die richtige Richtung. Dennoch sei der Preis für den sozialen Wohnungsbau realistisch zu betrachten. Es ergebe sich eine Differenz zwischen den Angaben der Wohnungswirtschaft, zu welchem Preis gebaut werden könne und der im sozialen Wohnungsbau vertretbaren Miete von maximal 6,50€ pro m<sup>2</sup>. Es wäre gut, wenn die Stadt selbst Geld in die Hand nehmen würde, bspw. indem Grundstücke per Pacht vergeben würden oder Grundstücke billiger an Investoren oder die Gewoba abgegeben würden, unter der Auflage, auf diesen Grundstücken Sozialwohnungen zu errichten.

**Herr Strohmann** erklärt, dass seine Fraktion die Vorlage ablehnen werde. Er begründet dies u. a. damit, dass er nicht sehe, dass man mit der Wohnungswirtschaft zu einem tragfähigen Ergebnis gekommen sei. Zudem seien mit den vorgelegten Vorschlägen so viele Ausnahmetatbestände verbunden, dass damit das Ziel einer sozialen Entmischung entgegenzuwirken, nicht erreicht werde. Die soziale Spaltung werde massiv zunehmen, die Zahl der Sozialwohnungen werde sich so nicht erhöhen lassen.

**Herr Dr. Steinbrück** weist auf das Problem des fehlenden rollstuhlgerechten Wohnraums hin. Zurzeit bestehe jedoch keine baurechtliche Verpflichtung, rollstuhlgerechte Wohnungen zu bauen. Er bittet darum, im weiteren Verfahren diese Frage mit zu berücksichtigen. Er berichtet, dass aktuell im Hanseatenhof vier rollstuhlgerechte Wohnungen vorhanden seien, deren Mieter sich nun große Sorgen um ihren Wohnraum machen würden. Für Menschen mit Rollstuhl sei es sehr schwer, Wohnungen zu finden.

**Herr Jägers** möchte wissen, inwieweit die Thematik auch in Bremerhaven bearbeitet wird.

**Frau Urban** berichtet, dass ein Anteil der Fördermittel nach Bremerhaven gehe. Die Situation in Bremerhaven sei jedoch unterschiedlich, es gebe andere Situationen und andere Bedarfe. In Bremerhaven sei im kleineren Rahmen ein ähnliches Bündnis für Wohnen geschmiedet worden. Dort liege der Schwerpunkt auch in der Modernisierung der Bestände. Das Ergebnis könne den Deputierten zur Verfügung gestellt werden.

**Herr Senator Lohse** weist darauf hin, dass in sechs Monaten ein Zwischenbericht mit ersten Erfahrungen und Erfolgen dieses Programms vorgelegt werden solle. Es sei ein sehr klarer Weg vorgegeben. Die Frage der Baukosten sei nach der Veranstaltung vom 22.2.2013 noch einmal überprüft worden. Es habe sich tatsächlich bestätigt, dass es konkrete Anbieter in Bremen gebe, die in der Lage seien, zu einem Preis zu bauen, bei dem unter Zuhilfenahme des Förderprogramms Zielmieten von 6,10 bis 6,50€ erreicht werden können. Deshalb sei er sehr zuversichtlich, dass das Programm erfolgreich sein werde. Es sei im Moment das Wichtigste, dass bald die ersten Wohnungen gebaut werden können und dadurch der Wohnungsmarkt entlastet werde. Die Frage des rollstuhlgerechten Wohnungsbaus werde als ein Punkt für die weitere Diskussion aufgenommen.

**Beschluss:**

- 1. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (L/S) stimmt dem Vorschlag des Senators für Umwelt, Bau und Verkehr zu.*
- 2. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (L/S) bittet den Senator für Umwelt, Bau und Verkehr, ihr in sechs Monaten einen Zwischenbericht über die ersten Erfahrungen mit der Sozialwohnungsquote beim Verkauf städtischer Grundstücke und bei der Schaffung neuen Baurechts vorzulegen.*

*Zustimmung gegen die Stimmen der Fraktion der CDU*

<b>TOP 4a)</b>	Umsetzung des Wohnraumförderungsprogramms 2012/2013 -Bericht zur Versorgung von Menschen, die von Wohnungslosigkeit bedroht sind- -7-	BdV schriftlich	L/S
----------------	---	--------------------	-----

Beschluss:

*Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (L/S) nimmt den Bericht des Senators für Umwelt, Bau und Verkehr zur Kenntnis.*

<b>TOP 3</b>	<b>Gewerbeentwicklungsprogramm der Stadt Bremen 2020 Ergebnis der Beteiligung der Ortsbeiräte</b> - 71, FBU 02-	Vorlage 18/230	S
--------------	--	-------------------	---

**Herr Pohlmann** führt aus, dass das Gewerbeentwicklungsprogramm ein wichtiger Bestandteil neben der Flächennutzungsplanaufstellung und der Wohnungsbauplanung zur Entwicklung der Stadt sei. Es sei richtig, das Gewerbeentwicklungsprogramm zur Kenntnis zu nehmen. Die Ziffer 2 des Beschlussvorschlages sei aber zu streichen. Soweit es zur Frage der Ansiedelung störender Gewerbes noch Abstimmungsbedarfe gebe, sei dies zwischen den betroffenen Ressorts auf Verwaltungsebene zu klären.

Er bittet die beiden Ressorts Wirtschaft, Arbeit und Häfen sowie Umwelt, Bau und Verkehr, der Deputation zeitnah über die hier angesprochenen Fragestellungen zu berichten und ein Konzept vorzulegen.

**Herr Saxe** hält die Frage, wo Abfallwirtschaft angesiedelt wird für wichtig, insbesondere dürfe sich diese nicht auf einen Stadtteil konzentrieren. Er wird dieses Thema auch noch einmal in der Wirtschaftsdeputation ansprechen. Beide Ressorts seien von diesem Problem betroffen, daher sei es notwendig, dass beide Ressorts zusammen zu einer Lösung kommen. Es sei unglücklich, dass diese Deputation das Gewerbeentwicklungsprogramm behandle, nachdem die Wirtschaftsdeputation längst beschlossen habe. Er regt an, zu überlegen, ob das Verfahren dahingehend geändert wird, dass die „nachgeordnete“ Deputation vorher befasst werde und eine Stellungnahme für die letztlich entscheidende Deputation abgeben könne.

**Herr Senator Lohse** sagt zu, diesen Vorschlag zu prüfen.

**Herr Arndt** betont, dass es eine wesentliche Forderung aus Hemelingen war, dass zur Frage der Ansiedelung von Abfallgewerbe ein Gesamtkonzept für die gesamte Stadt erstellt werde. Das Gewerbeentwicklungsprogramm nehme er nur missbilligend zur Kenntnis. Die Bedenken zur Zunahme von LKW-Verkehr seien nicht berücksichtigt worden. Ein Gewerbegebiet wie das Gewerbegebiet Hansalinie ohne jeglichen Bahnanschluss herzustellen, sei ökologisch nicht tragbar.

**Herr Pohlmann** unterstützt den Verfahrensvorschlag von Herrn Saxe ausdrücklich. Es sei schlüssig und logisch, so vorzugehen.

**Herr Strohmann** erinnert daran, bei der Flächennutzungsplanung umgekehrt auch die Wirtschaftsdeputation mit einzubeziehen. Inhaltlich sei dies für seine Fraktion jedoch kein Gewerbeentwicklungsprogramm, sondern nur eine Situationsbeschreibung. Es fehlen Perspektiven und Möglichkeiten, wie weitere Gewerbeflächen entwickelt werden können und wie sie strategisch aufgestellt werden können. Die Vorhalteflächen für Gewerbe würden verkleinert werden, dies sei ein Fehler. Er nehme das Gewerbeentwicklungsprogramm zur Kenntnis und in Zukunft sollte jedoch gemeinsam mit der Wirtschaftsdeputation diskutiert werden.

**Frau Dr. Schaefer** erklärt, sie finde es unschädlich, auf die Ziffer 2 des Beschlussvorschlags zu verzichten und das Gewerbeentwicklungsprogramm lediglich zur Kenntnis zu nehmen. Sie möchte den Vorschlag von Herrn Pohlmann aufgreifen und ergänzen und bittet daher um einen Bericht zur Frage, wo störendes Gewerbe möglich und zulässig ist, wie weit die nächste Wohnbebauung entfernt ist und wo derzeit bereits störendes Gewerbe angesiedelt sei. Es gehe nicht nur um Abfall, sondern generell um störendes Gewerbe, um Lärmemissionen, um Geruchsemissionen und auch das Risiko von Schadstoffexposition. In Industriegebieten gebe es oftmals mehrere verschiedene störende Gewerbe, die sich aufmultiplizieren. Daher sei eine solche Analyse wichtig für Bürgerinnen und Bürger und auch für die politischen Entscheidungsträger, um Transparenz zu erhöhen und Entscheidungen für alle Beteiligten in Zukunft einfacher zu machen. Dieser Bericht müsse in Zusammenarbeit mit der Wirtschaftsdeputation erfolgen.

Beschluss:

*Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (S) nimmt von der Vorlage und dem Beschluss der Deputation für Wirtschaft und Häfen Kenntnis.*

<b>TOP 4</b>	<b>Berichte der Verwaltung</b>	
<b>TOP 4b)</b>	<b>Verlängerung der Straßenbahnlinie 1 nach Mittelshuchting und der Straßenbahnlinie 8 nach Stuhr/ Weyhe</b> -5-	BdV L/S schriftlich

**Herr Jägers** führt aus, dass der vorliegende Bericht zurückgehe auf einen Deputationsbeschluss vom 11.10.2012. Dort seien die Prüfaufträge erteilt worden, die dieser Bericht abarbeite. Seine Fraktion begrüße, dass der Huchtinger Dorfplatz nicht berührt werde, dass die Signalanlagen so geschaltet werden, dass sie die Nachtruhe der Anwohner nicht stören, dass eine Verlängerung nach Delmenhorst oder ostwärts zumindest optional möglich sei. Das Beleuchtungskonzept erhöhe das Sicherheitsgefühl der Menschen auf dem Weg zur Haltestelle, die Bike & Ride-Plätze seien gut, ebenso, dass die Bürgerbeteiligung weiter gehe. Nicht zufriedenstellend sei jedoch die Frage der Mittellage auf der Heinrich-Plett-Allee. Er erwarte ein Ergebnis, dass die Anwohner zufrieden stelle. Die Bahn müsse in Mittellage ausgeführt werden. Dies sei aus Sicht seiner Fraktion der wichtigste Punkt. Weiter sehe er die Wendeschleife kritisch, der Kurvenradius sei sehr eng. Es liege dazu ein Vorschlag vor zur Blockumfahrung über Heinrich-Plett-Allee, Luxemburger Straße, Heinrich-Plett-Allee, Huchtinger Heerstraße, der geprüft werden müsse. Mit der Del-Bus müsse weiter dahingehend verhandelt werden, dass ein Kurzstreckenticket genutzt werden könne.

**Herr Saxe** erinnert daran, dass es ein Zwischenbericht sei, der vorliege. Er begrüßt, dass ein zentrales Anliegen, die Führung über die Werner- Lampe- Straße nun möglich sei. Es sei positiv, dass ein städtebauliches Konzept befürwortet werde. Dies werde dem Dorfplatz und dem Stadtteil Huchting insgesamt sehr helfen. Er sieht Verbesserungen für Fußgänger und Fahrradfahrer, auch der Gedanke der Verknüpfung verschiedener Mobilitäten, werde aufgegriffen. Seine Fraktion setze sich ausdrücklich für eine Mittellage ein, wenn diese rechtssicher herzustellen sei. Auch für ihn sei die Frage nach einem Kurzstreckenticket auf den Del-Bus-Linien wichtig. Die Blockumfahrung sei ein guter Vorschlag, der unbedingt zu prüfen sei.

**Herr Arndt** bittet um Prüfung, ob die Linie 58 doch noch bis zur Delfter Straße verlängert werden könne. Es müsse gewährleistet sein, dass auf den Del-Bus- Linien auch das Stadtticket gelte.

Beschluss:

*Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (L/S) nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.*

<b>TOP 4c)</b>	<b>Auf- und Abfahrten zur A 281 – Ablaufplan der erforderlichen Gremienbefassungen</b> - 5-	BdV L mündlich
----------------	--	-------------------

**Herr Kück** berichtet, dass derzeit die Konzeptplanung, der sogenannte RE- Entwurf erarbeitet werde. Dieser solle bis Ende Mai dem BMVBS vorgelegt werden, um ihn dort genehmigen zu lassen. Eine möglichst einvernehmliche Lösung werde angestrebt. Das BMVBS habe sich den RE-Entwurf innerhalb eines halben Jahres zu prüfen. Es sei im November mit dem sogenannten Gesehen- Vermerk zu rechnen. Während der Prüfung durch das BMVBS werden die Unterlagen ergänzt, damit sie dann im ersten Quartal 2014 einer Planfeststellung zugeführt werden können. Der Beschluss solle dann im zweiten Quartal des Jahres 2015 erfolgen, d.h. ca. Mai 2015. Sofern es keine Klagen gebe und die Finanzierung gesichert sei, würde Mitte 2015 mit kleineren Baumaßnahmen begonnen, um die Komplettierung des Autobahnringes umzusetzen. Derzeit werde von vier Jahren Bauzeit ausgegangen, also bis Ende 2019. Die Frage nach der Festlegung der Zu- und Abfahrten für diesen Bauabschnitt wurde auf diversen Informationsveranstaltungen in den Beiräten Obervieland und Neustadt erörtert. Bisher wurden noch keine Beschlüsse gefasst. Dies sei vorgesehen für die Beiratssitzungen am 14.03. in der Neustadt und nach Ostern in Obervieland.

Zu prüfen sei weiter die Frage, ob durch Verkehrsmengenzuwächse im Dreieck Arster Zubringer, A 1 und Kattenturmer Heerstraße erhöhte Lärmbelastigungen zu erwarten seien. Die Ergebnisse sollen im Juni vorliegen und dann auch der Deputation vorgestellt werden. In diesem Zeitraum sei auch eine Antwort bezüglich möglicher Modifikationen des Provisoriums an der Neuenlander Straße, am Neuenlander Ring, Auswirkungen im Bereich der Georg- Wulf- Straße zu erwarten.

Die Lärmschutzmaßnahmen im Bereich des Bauabschnitts 2/2 werden erst im Laufe der Planfeststellung, also ab Frühjahr 2014, genau definiert werden können.

Für Ende April sei ein Scoping-Termin vorbereitend für die Planfeststellung geplant. Dort soll im Wesentlichen die Frage nach möglichen Umweltauswirkungen durch die Maßnahme geklärt werden. Immer dann, wenn es Änderungen oder Abweichungen im laufenden Prozess gebe, bestehe das Angebot, die Beiräte und auch die Deputation hierüber zu informieren.

Derzeit laufen Gespräche mit den beiden hauptbetroffenen Anliegern mit dem Ziel, einen Ausgleich zu erarbeiten. Es werde angestrebt, vor dem Planfeststellungsbeschluss Einigkeit mit diesen beiden privaten Betroffenen zu erzielen, einerseits um möglichst große Planungssicherheit für die Betroffenen geben zu können, andererseits aber auch um größtmögliche Rechtssicherheit in diesem Verfahren gewinnen zu können.

Auf **Nachfrage von Herrn Arndt** erklärt Herr Kück, dass der Arbeitsauftrag sei, für eine zukünftige Anbindung der B6n beide Möglichkeiten technisch darstellen zu können, sowohl die Unterquerung der Start- und Landebahn, aber auch die sogenannte Umfahrungsvariante. Die entsprechenden Planungen seien den Beiräten auch bereits vorgestellt worden. Der Bau könne technisch an beiden Stellen erfolgen. Eine Entscheidung, an welcher Stelle der Anschluss tatsächlich realisiert werde, müsse dann getroffen werden, wenn konkrete Planungen zur B6n anstehen.

*Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (L) nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.*

TOP 5	Verschiedenes	
-------	---------------	--

Zu diesem TOP liegen keine Beiträge vor.

**Herr Senator Dr. Lohse** schließt die Sondersitzung der Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie und dankt den Anwesenden für ihre Teilnahme.

Vorsitzender

Sprecher

Protokoll